

Der Ilisu-Staudamm

Die türkische Regierung plant in den nächsten zwölf Jahren den Bau von fast 2.000 Staudämmen und Wasserkraftwerken. Der größte und international umstrittenste davon ist der Ilisu-Staudamm am Tigris. Er veranschaulicht exemplarisch die massiven Konflikte, die der Bau von Staudämmen mit sich bringt, wenn Umweltschutz und Menschenrechte nicht von Beginn der Planung an einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Kurz vor der Grenze zu Syrien und dem Irak soll der Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei den Tigris aufstauen. Das 1.200 Megawatt-Kraftwerk würde einen Stausee von über 300 km² schaffen - mehr als halb so groß wie der Bodensee. Es ist Teil des Südostanatolienprojekts GAP, das 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke umfasst. Bis zu 78.000 Menschen wären unmittelbar betroffen, kostbare Kulturgüter und der Lebensraum zahlreicher Tierarten würden in den Fluten untergehen. Ein internationales Konsortium war mit dem Bau beauftragt, doch im Juli 2009 zogen die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz staatliche Bürgschaften für das Projekt zurück, da die türkische Regierung Auflagen zum Kulturgüterschutz, zu Umsiedlung und Umweltschutz nicht erfüllt hatte. Dies stellt einen einmaligen Vorgang in der Welt der staatlichen Exportförderung dar. Auch die europäischen Banken und ein Teil der Unternehmen zogen sich daraufhin aus dem Projekt zurück. Nicht so allerdings der österreichische Konzern Andritz sowie drei Schweizer Unternehmen (1). Mit ihrer Hilfe setzt die türkische Regierung den Bau nun fort – mit dramatischen Folgen für Menschen, Umwelt und Kultur.

Ökologische Aspekte

Der bisher noch weitgehend frei fließende Tigris stellt ein wertvolles Habitat für zahlreiche Tierarten dar, von denen einige in ihrem Bestand bereits gefährdet sind. So kommt die bis zu einem Meter lange Euphrat Weichschildkröte (s. Abb. 1) an ihrem namensgebenden Fluss kaum noch vor, da dieser bereits durch zahlreiche Dämme aufgestaut ist. Sollten nun auch am Tigris Dämme errichtet werden, steht die Existenz der gesamten Art auf dem Spiel. Weitere gefährdete Pflanzen- und Tierarten, die bisher im Gebiet des geplanten Ilisu-Staudamms vorkommen, sind z.B. Euphratpappeln, Rötelfalken, Rotlappenkiebitz sowie zahlreiche Fledermausarten, die in den Höhlen des Steilufers Unterkunft finden (2).

Zudem ist eine gravierende Verschlechterung der Wasserqualität zu erwarten. Da die Aufstauung des Wassers die Selbstreinigungskräfte des Flusses reduziert, werden die in der Region weitgehend ungeklärt in den Fluss geleiteten Abwässer zu Sauerstoffmangel im Reservoir führen. Viele Fischarten werden daher nicht in ihm überleben können oder nicht für den menschlichen Verzehr geeignet sein. (3)

Besonders bedenklich ist, dass die türkische Regierung außer dem Ilisu-Staudamm den Bau von fast 2.000 weiteren Dämmen und Wasserkraftwerken in den nächsten zwölf Jahren plant (4). Wie die türkische Naturschutzorganisation Doğa Derneği aufgezeigt hat, sind zahlreiche *hotspots* der Biodiversität bedroht (s. Abb. 2). Aufgrund ihrer geografischen Lage verfügt die Türkei über eine besonders hohe Artenvielfalt, da hier die Anatolische, Eurasische, Arabische und Afrikanische Erdplatte aufeinandertreffen. Geht es nach den Plänen der türkischen Regierung, wird kaum ein Fluss unberührt von Dämmen oder Wasserkraftwerken bleiben. Und obwohl kleine Wasserkraftwerke als umweltfreundliche und nachhaltige Energieform

gelten, können sie doch gravierende Auswirkungen auf Ökosysteme und die Rechte der betroffenen Menschen haben, wie der Fall des Yuvarlakçay-Projekts im Südwesten der Türkei zeigt. Sechs Dörfer mit circa 14.000 Menschen, die ihr Trinkwasser aus den glasklaren Quellen des Yuvarlakçay-Flusses bezogen, hätten ihren Zugang zu Wasser verloren, hätten sie nicht durch massiven Protest den Bau eines Laufwasserkraftwerks verhindert, das lediglich 3,4 MW Strom produzieren sollte (5).

Trotz der zu erwartenden tiefgreifenden ökologischen Folgen gibt es in der Türkei bisher keine Umweltverträglichkeitsprüfungen, die die landesweiten oder zumindest auf ein Flusssystem bezogenen Auswirkungen der Staudamm- und Kraftwerkspläne analysieren würden. Auch für den Ilisu-Staudamm wurden umfangreichere Umweltstudien erst auf Druck der europäischen Regierungen angefertigt; kumulative Auswirkungen in Zusammenhang mit weiteren geplanten Staudämmen wurden dabei entgegen internationalen Standards allerdings außer Acht gelassen. Zahlreiche Projekte sind sogar völlig von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) befreit, z. B. kleine Kraftwerke und alle Projekte, die vor 1993 geplant wurden. Daher hätte nach türkischer Rechtslage selbst für den Ilisu-Staudamm keine UVP angefertigt werden müssen (6).

In der Türkei formiert sich daher breiter Widerstand gegen die Umweltgesetzgebung, die die „Verdammung“ des ganzen Landes ermöglicht. Im Mai 2011 marschierten hunderte AktivistInnen und Betroffene über Wochen in einem Sternmarsch zur Hauptstadt Ankara, um für den Schutz ihrer natürlichen Lebensgrundlagen zu demonstrieren (7).

Grenzüberschreitende Auswirkungen

Die Auswirkungen des Ilisu-Staudamms werden jedoch nicht nur in der Türkei zu spüren sein, sondern bis weit in Nachbarländer, insbesondere den Irak, hinein. (8) Während der Tigris für Syrien lediglich auf einem kurzen Stück die Grenze zur Türkei bildet, sind im Irak Millionen Menschen auf sein Wasser angewiesen. Experten befürchten, dass selbst die Renaturierung der mesopotamischen Sümpfe im Flussdelta durch den Bau des Ilisu-Staudamms beeinträchtigt werden könnte. Besondere Brisanz erhält das Projekt dadurch, dass die türkische Regierung am Zwillingsstrom des Tigris – dem Euphrat – bereits zahlreiche Großstaudämme errichtet hat. Durch die Aufstauung des Tigris erhielt die Regierung ein zusätzliches Drohpotenzial gegenüber dem Nachbarn. In der Vergangenheit hat die Türkei dieses Machtpotenzial bereits mehrfach eingesetzt (9). Zudem hat die Türkei als eines von drei Ländern – neben China und Burundi – 1997 gegen die UN-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung internationaler Wasserwege gestimmt, das neueste der Völkerrechtsabkommen zu grenzüberschreitenden Flüssen.

Für Projekte an grenzüberschreitenden Flüssen ist durch diese und andere internationale Konventionen (10) sowie Urteile des Internationalen Gerichtshofs ein Völkergewohnheitsrecht entstanden, das es verbietet, den Nachbarstaaten Schaden zuzufügen, das Prinzip der gleichberechtigten Aufteilung des Wassers festlegt und als Verfahren die frühzeitige Information der Nachbarstaaten sowie die Durchführung ernsthafter Verhandlungen vorsieht. Diese Prinzipien sind nach Ansicht renommierter VölkerrechtlerInnen auch für Länder wie die Türkei verbindlich, die die jeweiligen Konventionen nicht unterzeichnet haben (11).

Im Falle des Ilisu-Staudamms übersandte die türkische Regierung jedoch erst auf Druck der drei europäischen Regierungen, die ihre Bürgschaften für das Projekt nicht in völliger

Missachtung des Völkerrechts bewilligen wollten, ausführliche Informationen an die Nachbarstaaten und bot weitere Gespräche an. Bisher haben diese jedoch zu keinem Ergebnis geführt.

Die irakische Regierung hat wiederholt ihren Protest gegen das Projekt ausgedrückt. Insbesondere die große Trockenheit der vergangenen Jahre hat das Ausmaß des Problems noch einmal deutlich gemacht (12). Eine umfassende Vereinbarung, die zwischen den Interessen der verschiedenen Anrainerstaaten einen fairen Ausgleich herstellt, ist daher dringend notwendig.

Kulturgüterschutz

Der Tigris ist einer der Flüsse Mesopotamiens, des Zweistromlands, das als Wiege des Abendlands gilt. Hier fand der Übergang vom Nomadentum zur Sesshaftwerdung statt, zahlreiche Kulturpflanzen haben hier ihren Ursprung. Zigtausende archäologische Stätten sind nach wie vor unerforscht, die weiteren Aufschluss über diesen wichtigen Abschnitt der Geschichte der Menschheit geben können. Allein auf dem Gebiet des geplanten Ilisu-Stausees liegen ca. 300 Stätten, die unerforscht überflutet würden. Besondere Bekanntheit hat die Stadt Hasankeyf erlangt, ein seit 10.000 Jahren ununterbrochen bewohnter Ort am Steilufer des Tigris. Die Spuren von mindestens 20 Kulturen sind hier zu finden, von Römern, Byzantinern und assyrischen Christen bis zu Artukiden und Ayyubiden. An einem Nebenarm der Seidenstraße gelegen, war Hasankeyf ein bedeutendes Handelszentrum. Neben archäologischen Stätten, uralten noch heute genutzten Höhlen und einer großen Festungsanlage aus der Römerzeit, beherbergt der Ort bedeutende Monumente insbesondere aus seiner Blütezeit im Mittelalter, wie das Mausoleum von Zeynel Bey (s. Abb. 5), das Minarett der Sultan- Süleyman-Moschee und die Pfeiler der steinernen Brücke (s. Abb. 3), allesamt Meisterleistungen ihrer Epoche.

Seit 1978 ist Hasankeyf als Kulturdenkmal oberster Kategorie geschützt. Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau von Hotels, die der Bevölkerung Einkommen verschafft hätten, waren verboten. Dennoch soll der Ort in den Fluten des Stausees versinken. Ein archäologischer Rettungsplan sieht Ausgrabungen und die Versetzung einiger Denkmäler in einen Kulturpark vor. Die bis zur Flutung verbleibende Zeit würde die Erforschung aber nur für einen minimalen Teil der archäologischen Stätten erlauben, und bisher gibt es für kein einziges Monument den Nachweis, dass die Verlegung an einen anderen Ort technisch machbar ist. Zudem wäre die „Rettung“ einzelner Denkmäler der Bedeutung Hasankeyfs in keiner Weise angemessen, die gerade in der einzigartigen Verschmelzung von Natur- und Kulturmerkmalen liegt (s. Abb. 4). Ein vom türkischen Naturschutzvereins Doğa Derneği beauftragtes Gutachten zeigt, dass Hasankeyf und das umliegende Tigrisland neun von zehn Kriterien der Unesco für Weltnatur- und –kulturerbestätten erfüllt (13). AktivistInnen in der Türkei und weltweit fordern daher die türkische Regierung auf, diesen Unesco-Status für Hasankeyf zu beantragen und den Tourismus in die Region zu fördern statt dieses Erbe der Menschheit unter einem Stausee zu begraben, der nur für wenige Jahrzehnte Energie liefern wird. Die Kampagne wird von zahlreichen Berühmtheiten – vom türkischen Popstar Tarkan über den Nobelpreisträger Orhan Pamuk bis zu dem Regisseur Fatih Akin – unterstützt, die die Vernichtung Hasankeyfs nicht hinnehmen wollen.

Umsiedlung

Bis zu 78.000 Menschen, überwiegend Kurdinnen und Kurden, wären in der Türkei von dem Projekt direkt betroffen (s. Abb. 5). Die genaue Zahl ist allerdings nach wie vor unklar, da die Zahl derjenigen, die während der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK in den 80er und 90er Jahren aus der Region geflohen sind und durch den Stausee die Möglichkeit der Rückkehr verlieren würden ebenso wenig bekannt ist wie die Zahl derjenigen, die von begleitender Infrastruktur wie Straßen und Stromleitungen betroffen sind.

Diejenigen Menschen, deren Anwesen im Stausee untergehen sollen, stehen durch das Projekt ganz überwiegend vor dem Ruin. Seit Ende 2010 wurden die ersten Dörfer (İlisu und Karabyır) in der Nähe der Baustelle umgesiedelt. Im neuen Dorf ist Landwirtschaft nicht mehr möglich: Da das fruchtbare Land im Flusstal überflutet wird, gibt es kein für den Gartenbau geeignetes Land. Zudem fehlen Ställe für die Tiere, die daher vor der Umsiedlung im Dezember 2010 verkauft werden mussten. (14) Während nun einerseits die Menschen, die gewohnt waren, als Subsistenzbauern zu leben, die Basis zur Produktion eigener Lebensmittel verloren haben, gibt es gleichzeitig kaum andere Einkommensmöglichkeiten. Einige Dorfbewohner haben zwar Arbeit auf der Baustelle, doch lange nicht in dem Umfang wie vorher versprochen. Zudem sind die Arbeitsbedingungen schlecht und die Löhne gering, so dass es im Frühjahr 2011 zu Streiks kam (15). Für die Menschen aus dem übrigen Stauseegebiet, die nicht einmal diese Einkommensmöglichkeit haben, sieht die Zukunft noch düsterer aus.

Besonders prekär ist die Situation auch für die BewohnerInnen Hasankeyfs. Der Ort ist fast vollständig von Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft abhängig. Wird Hasankeyf überflutet, gehen daher nicht nur kostbare Kulturgüter verloren, sondern auch das Einkommen der Bevölkerung. Zwar verspricht die türkische Regierung neue Jobs durch die Einrichtung des Kulturparks mit Monumenten aus Hasankeyf. Abgesehen von der Fraglichkeit seiner Angemessenheit und Realisierbarkeit kamen internationale Experten jedoch zu dem Schluss, dass das Konzept nicht geeignet ist, Touristen in nennenswertem Umfang anzuziehen.

Vollkommen unzureichende Entschädigungen für die verlorenen Güter und gravierende Mängel der türkischen Enteignungs- und Umsiedlungsgesetze verschärfen die Situation für die betroffene Bevölkerung (16). Nach der derzeitigen Rechtslage werden so geringe Entschädigungen gezahlt, dass es unmöglich ist, davon in den umliegenden Städten ausreichend neuen Wohnraum zu erwerben und eine neue Einkommensmöglichkeit aufzubauen. Entscheiden die Betroffenen sich für ein staatliches Umsiedlungsprogramm, geht es ihnen kaum besser. Im Falle von İlisu erhielten die BewohnerInnen zwischen 20.000 und 35.000 Türkische Lira an Entschädigung, müssen für die neuen Häuser aber 70.000 Lira bezahlen. So geraten die Betroffenen in eine Schuldenspirale, aus der es angesichts der fehlenden neuen Einkommensmöglichkeiten kaum ein Entrinnen gibt. Vielen von ihnen droht der Verlust ihrer Häuser und ein Kampf ums Überleben in den Armenvierteln der Metropolen.

Keine Partizipation

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung gegen das İlisu-Projekt eingestellt ist. Ihre Meinung findet jedoch weder in der konkreten Projektplanung noch in der türkischen Staudammpolitik im allgemeinen Gehör. Ein Umsiedlungsort, den die BewohnerInnen von İlisu selbst vorschlugen, wurde ihnen zwar im Beisein internationaler Experten versprochen, letztendlich errichteten die Behörden das neue Dorf aber an einem anderen, von ihnen bestimmten Platz. Anhörungen, die aufgrund des

Drucks der europäischen Exportkreditagenturen stattfanden, wurden teilweise in Anwesenheit von Sicherheitskräften durchgeführt, und bei grundsätzlicher Kritik an dem Projekt durch die Anwesenden drohten die Organisatoren mit dem Abbruch der Gespräche.

Nach türkischen Gesetzen sind die Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung minimal. Im Wesentlichen sind sie darauf angewiesen, gegen Enteignungsbeschlüsse zu klagen. Dabei kann es aber passieren, dass Gerichte die Entschädigungssummen noch reduzieren, wie es im Falle des Dorfes Kesmeköprü, auf deren Land Neu-Hasankeyf entstehen soll, geschehen ist (17).

Ein rechte-basierter Ansatz zur Staudammplanung

Im Mai 2011 äußerte eines der zentralen Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen im Mai 2011 seine große Besorgnis über den Bau des Ilisu-Staudamms und anderer Dammprojekte in der Türkei. Der UN Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte forderte die türkische Regierung auf, die Gesetze über Vertreibung, Umsiedlung und Entschädigung komplett zu überarbeiten und einen menschenrechtsbasierten Ansatz bei der Planung von Staudammprojekten zu verfolgen (18).

Dies würde bedeuten, dass auch bei Staudambauten die Rechte auf einen angemessenen Lebensstandard, darunter die Rechte auf Nahrung, Wasser und Wohnen, auf Gesundheit und eine gesunde Umwelt sowie auf Teilnahme am kulturellen Leben gewahrt werden müssen. Die volle und effektive Beteiligung der Bevölkerung an der Planung von sie betreffenden Projekten ist ein zentrales Element eines rechte-basierten Ansatzes, auf den der UN-Ausschuss in seinen Kommentaren wiederholt hingewiesen hat.

Im Jahr 2000 stellte die Weltstaudammkommission (World Commission on Dams, WCD) Empfehlungen auf, wie die sozialen und ökologischen Folgen von Staudämmen vermieden werden können. Aufgrund massiver Proteste gegen Staudammprojekte in den 1990er Jahren entstand diese in ihrer Zusammensetzung einzigartige Kommission aus Staudammbauern und –gegnerInnen auf Initiative der Weltbank und IUCN – The World Conservation Union. Sie kam zu dem Schluss, dass weltweit ca. 40-80 Millionen Menschen von Staudämmen betroffen sind, dass Staudämme zwar einen großen Beitrag zur Entwicklung leisten können, häufig aber die in sie gesteckten Erwartungen nicht erfüllt haben, da es einerseits zu erheblichen Kostensteigerungen kam, andererseits die negativen Auswirkungen den positiven Nutzen überstiegen. Die Kommission fordert daher die Einführung eines „Rechte und Risiken“-Ansatzes und stellte sieben strategische Prioritäten auf:

- die Gewinnung von Akzeptanz,
- eine umfassende Analyse von Alternativen,
- die Altlasten existierender Dämme zu beheben,
- Flüsse und Lebensgrundlagen zu erhalten,
- Ansprüche anzuerkennen und den Nutzen zu teilen,
- die Einhaltung von Abmachungen und
- Flüsse für Frieden, Entwicklung und Sicherheit zu teilen.

Zusammen mit den internationalen Konventionen über Kooperationen bei grenzüberschreitenden Projekten gibt es somit ein umfangreiches Regelwerk, deren Anwendung die gravierendsten Folgen von Staudambauten abmildern würde. Bisher zeigt die türkische Regierung keine Anzeichen, diese Empfehlungen und Konventionen anzuwenden zu wollen. In anderen Ländern wächst dagegen die Einsicht über die dramatischen Folgen von

Planungsfehlern bei Staudambauten: Nachdem die chinesische Regierung den Bau des Drei-Schluchten-Staudamms gegen den Widerstand der Bevölkerung und trotz Warnungen internationaler Experten durchgesetzt hatte, stellte im Mai 2011 der Staatsrat fest, es müssten „dringende Probleme gelöst werden, was die reibungslose Umsiedlung von Anwohnern, den Schutz der Umwelt und die Verhinderung geologischer Katastrophen betrifft“ (19). Es bleibt zu hoffen, dass die türkische Regierung Konsequenzen aus diesen Erfahrungen zieht, bevor sie den Staudammboom im Land weiter vorantreibt.

Endnoten:

1 So weit bekannt, sind von den europäischen Unternehmen neben der Andritz AG die Unternehmen Maggia, Stucky und Colenco im Projekt verblieben. Ed Züblin und Alstom stiegen ebenso wie die Banken BankAustria / Unicredit, Société Générale und Dekabank nach dem Wegfall der staatlichen Bürgschaften (in Deutschland: Hermesbürgschaften) aus. Türkischer Konsortialführer ist die Nurol A.S. Die Finanzierung wird nun von Akbank, Garantibank und Halkbank bereitgestellt.

2 http://m-h-s.org/llisu/front_content.php?idcat=126

3 EAWAG (2006), PWA (2006)

4 Turkish Water Assembly (2011). Die genauen Angaben variieren leicht zwischen den verschiedenen Quellen. Die Türkische Wasserbehörde (DSİ) selbst gibt an, dass 596 Dämme, 50 kleine Wasserkraftwerke und 1.590 Dämme zur Flussregulierung und Trinkwassergewinnung existieren und 318 weitere Regulierungs- / Trinkwassertalsperren sowie 1.446 Wasserkraftwerke geplant sind (www.dsi.gov.tr, 18.03.2011).

5 CounterCurrent (2011), S. 26 f.

6 CounterCurrent (2011)

7 www.vermeyoz.net, ZDF heute (2011)

8 EAWAG (2006), PWA (2006)

9 Hildyard et. al. (2000), S. 70, Setton und Drillisch (2006), S. 16 f.

10 Z.B. das UN-ECE Protokoll über Strategische Umweltprüfungen (Kiew, 2003); die UN-ECE Konvention zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (1992); die UN-ECE-Konvention zur Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (1991, sog. Espoo-Konvention).

11 Epiney (2000), Crawford et. al. (2000), Crawford et. al. (2007)

12 AFP (2009), Asia Times (2009)

13 Doğa Derneği (2009)

14 Hürriyet (2010)

15 Hasankeyf Initiative (2011)

16 CounterCurrent (2011)

17 Fliesser (2010), SWR (2009)

18 CESC (2011)

19 taz (2011)

Literaturverzeichnis

AFP 2009

AFP: Turkey blamed for looming crop 'disaster' in Iraq. 19 May 2009.

<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5iV8yXDYmS8VKJQIXP9DZC7LixCWA>

Asia Times 2009

Asia Times Online: Dam disputes strain Turkey-Iraq ties, 2 October 2009.

http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/KJ02Ak03.html

CESC 2011

United Nations – Economic and Social Council – Committee on Economic, Social and Cultural Rights: Consideration of reports submitted by States parties under Articles 16 and 17 of the Covenant. Concluding Observations of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights. Turkey. 2011. <http://www2.ohchr.org/english/bodies/cescr/cescrs46.htm>

Crawford et. al. 2000

Crawford, James, Philippe Sands, Laurence Boisson de Chazournes: Opinion in the matter of an application pursuant to the export and investment guarantees act and in the matter of the proposed Ilisu dam, Cambridge, London, Genf 3 April 2000.

Crawford et. al. 2007

Crawford, James, Laurence Boisson de Chazournes, Kate Cook, Philippe Sands: Note on Ilisu Dam project/South-eastern Anatolia Project (“GAP”), Cambridge, Genf, London 2 March 2007.

CounterCurrent 2011

Dam construction in Turkey and its impact on economic, cultural and social rights. Parallel report in response to the Initial Report by the Republic of Turkey on the Implementation of the International Covenant On Economic, Social and Cultural Rights. Submission to the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights for its 46th Session, 2 – 20 May 2011. Submitted by CounterCurrent – GegenStrömung in cooperation with Association for Assistance and Solidarity with Sarikeçili Yuruks, Çoruh Basin Environment Conservation Union, Doğa Derneği, Free Munzur Initiative, Green Artvin Society, Initiative to Keep Hasankeyf Alive, Platform for the Protection of Yuvarlakçay (YKP), Yelda KULLAP, Lawyer, Member of the Alliano Initiative Group. 14 March 2011.

Ahunbay und Balkız 2009

Ahunbay, Zeynep und Özge Balkız: Outstanding Universal Value of Hasankeyf and The Tigris Valley, Doğa Derneği (Hrsg.) 2009.

EAWAG 2006

EAWAG - aquatic research: Independent review of the Environmental Impacts Assessment Report (EIAR) 2005 on the future Ilisu Dam (Turkey). Kastanienbaum/CH 2006.

Epiney 2000

Epiney, Astrid: Völkerrechtliche Aspekte des Staudammprojekts Ilisu (Türkei), Freiburg 2000.

Fliesser 2010

Fliesser, Ludwig W.: Governance of the Ilisu Dam Project. Stakeholders - International Institutions - Compliance - Legitimacy. Marburg, 2010

Guardian 2009

The Guardian: Water shortage threatens two million people in southern Iraq, 26 August 2009. <http://www.guardian.co.uk/world/2009/aug/26/water-shortage-threat-iraq/print>

Hasankeyf Initiative 2011

Initiative to Keep Hasankeyf Alive: Workers of the Ilisu Dam construction site in strike, construction works stopped! 27 April 2011 http://www.hasankeyfgirisimi.com/en/index-Dateien/strike_ilisu_27042011.htm

Hildyard et. al. 2000

Hildyard, Nicholas et al. (2000): "If the river were a pen ...", The Ilisu Dam, the World Commission on Dams and Export Credit Reform, The Final Report of a Fact-Finding Mission to the Ilisu Dam Region 9-16 October 2000. London 2000.

Hürriyet 2010

Hürriyet Daily News: Turkish villagers become strangers in their own strange town. 13 Dezember 2010. www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=an-absurd-village-for-Ilisu-villagers-2010-12-13

PWA 2006

Phil William & Associates – Environmental Hydrology: A Review of the Hydrologic and Geomorphic Impacts of the Proposed Ilisu Dam. San Francisco, 2006.

Setton und Drillisch 2006

Setton, Daniela und Heike Drillisch: Zum Scheitern verurteilt. Der Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei. Berlin 2006.

SWR 2009

SWR: Der Ilisu-Staudamm: Verstaatlichung auf türkisch. 8 Dezember 2009. <http://www.swr.de/blog/tuerkei/2009/12/08/der-Ilisu-staudamm-verstaatlichung-auf-tuerkisch>

taz 2011

taz – die tageszeitung: Drei-Schluchten-Staudamm. Dürre am Jangtse alarmiert Peking. 22 Mai 2011. <http://taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/duerre-am-jangtse-alarmiert-pekings/>

Turkish Water Assembly 2011

Turkish Water Assembly: HEPP's, Dams and the Status of Nature in Turkey, 2011. http://anadoluyuvermeyecegiz.net/dosyalar/hepp_report_web.pdf.

ZDF heute 2011

ZDF heute: Türkei: Staudämme zerstören Umwelt. 21 Mai 2011. <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/hauptnavigation/startseite/#/beitrag/video/1342072/Turkei:-Staudaemmen-zerstoeren-Umwelt>

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Ulrich Eichelmann

Euphrat Weichschildkröte mit mehreren Sumpfschildkröten am Tigrisufer

Abb. 2: Doğa Derneği

Key Biodiversity Areas und geplante Staudämme und Wasserkraftwerke in der Türkei

Abb. 3: John Wreford

Pfeiler der steinernen Tigrisbrücke aus dem 12. Jahrhundert

Abb. 4: Marion Böker

Brücke, Festung und Felsgang von Hasankeyf am Steilufer des Tigris

Abb. 5: Heather Kirkpatrick

Bewohnerin des Tigristals bei Hasankeyf vor dem Mausoleum von Zeynel Bey (15. Jh.)

Autorenanschrift:

Heike Drillisch
GegenStrömung
Siemensstr. 10
14482 Potsdam